
Neue Koalitionsstrategien braucht das Land

Nur die Rücksichtnahme auf Werte- und Einstellungsprofile der Wähler kann den Wählerfrust über das „Alles-ist-möglich-Syndrom“ der Parteien bei Koalitionsverhandlungen verhindern

Klaus-Peter Schöppner

2002 war die Welt der Volksparteien CDU/CSU und SPD noch in Ordnung: zu Beginn dieses Wahljahres erreichten die beiden „Großen“ zusammen einen Anteil von knapp 80 Prozent der Wählerstimmen, bei der neun Monate später folgenden knappen Schröder-Wiederwahl noch 75 Prozent. Dann aber setzte sich die Verlustspirale im Wählervotum von Union und SPD massiv in Bewegung: bei der Bundestagswahl 2005 addierten sich ihre Wähleranteile noch auf 70 Prozent der abgegebenen Stimmen, im März 2009 erreichten beide zusammen weniger als 60 Prozent: So wollten in der zweiten Februarhälfte nur noch 33 Prozent der Deutschen die Union, 24 Prozent die SPD wählen; in Summe 57 Prozent.

Früher – auch der politischen Tradition geschuldet, dass eine der beiden Regierungs-, die andere Oppositionspartei war – existierte zwischen den Großen das Prinzip der „kommunizierenden Röhren: Was die an der Macht befindliche verlor, gewann die Oppositionspartei hinzu. Heute – auch verursacht durch die Große Koalition – verlieren gleich beide deutlich.

Das gilt nicht nur für den Bund. Auch die Länder sind vom Niedergang der Attraktivität der Volksparteien betroffen. In Bayern erlitt die CSU im Herbst 2008 eine Erdbebenkatastrophe, den höchsten Verlust einer Landtagspartei überhaupt, so dass die letzte Alleinregierung nun der Vergangenheit angehört.

Nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik waren die großen Parteien kleiner – und die kleinen größer. Wenn sich heute nur noch 60 Prozent für Union oder SPD entscheiden, vier von zehn dagegen für Grüne, FDP, Linke oder Rechte votieren, werden „Zwei-Parteien-Koalitionen“ zur Ausnahme. Das alte Freund-Feind-Lagerdenken wie zu Zeiten der schwarz-gelben oder rot-grünen Koalitionen gehört längst der Vergangenheit an. Die SPD koalitiert inzwischen mit jeder anderen demokratischen Partei. Die Union leistet sich nur noch die Ausnahme der Links-Koalition. Und wer sich an seine Aussagen vor der Wahl hält und Koalitionstreue wie die FDP in Hessen 2008 demonstriert, bleibt erst mal außen vor oder muss zusehen, wie in Hamburg der vermeintliche schwarze Partner plötzlich mit den Grünen, einer Partei mit völlig entgegengesetztem Werteprofil, koalitiert.

Diese Koalitionspolygamie bleibt bei den Wahlberechtigten nicht ohne Konsequenzen. Die wichtigste: Wahlen werden als immer unwichtiger wahrgenommen. Nach der Wahl ist vor der Wahl und vor der richtigen Spannung. Das Ergebnis hat längst nicht mehr die Bedeutung von Wahlen aus der Zeit, als nur drei oder vier Parteien die Fünf-Prozent-Hürde übersprangen, weil heute Koalitionsverhandlungen immer unberechenbarer werden. Nur bei absoluten Mehrheiten bekommt der Wähler „100 Prozent“ seiner Partei. Ansonsten entscheidet immer häufiger Macht- statt Sachpolitik über die politische Ausrichtung einer neuen Regierung. Damit wird allzu oft am Wählerwillen vorbei koalitiert. Oft sogar genau anders, als es den Koalitionswünschen vieler Urnengänger entsprach.

Wahlen verlieren an Gestaltungswert. Macht und/oder „Menscheln“ sind die wahren Richtungstreiber der Bundes-, Landes- oder Kommunalpolitik.

Die meisten der letzten Landtagswahlen und die allwöchentlichen bundesweiten Sonntagsumfragen haben das deutlich belegt: Deutschland hat kleine große und große kleine Parteien. Und ein Fünf-Parteien-System, das verantwortungsvollen Politikern in Zukunft abverlangt, nicht nur über neue, aufregendere Parteienkonstellationen nachzudenken, sondern sich mit den dazu notwendigen Akzeptanz-Voraussetzungen auseinanderzusetzen.

Solange das unterbleibt, unterliegen Wahlen dem „Toyota-Syndrom“: Wer SPD wählt, muss mit einer Koalition mit der CDU, aber auch mit Links rechnen. Eine SPD-Wahl eröffnet (fast) alle politischen Optionen. Nichts scheint mehr unmöglich. Für die Wahl anderer Parteien besitzt das ähnliche Gültigkeit.

Doch im „Anything goes“ sind Koalitionsstreit und Wählerfrust gleich mit einprogrammiert. Je stärker Machtinteressen dominieren, desto weniger wird auf Wählerstrukturen bei der Bildung von Bündnissen Wert gelegt. Obwohl Politiker genau wissen, dass für erfolgreiche Koalitionen ähnliche Wertemuster deren Wähler unverzichtbar sind, spielen diese bei der politischen Partnerwahl keine Rolle. Ärger, Streit, oft sogar Parteiwechsel sind die Folgen. Ein immer höherer Anteil an Nicht-Wählern ist die logische Konsequenz.

Dabei wird von den Politikern unterstellt, dass die Wähler alle Koalitionsoptionen widerstandsfrei akzeptieren. Oft allerdings wird zusammengehörig gemacht, was nicht zusammengehört. Weder Wählerwille noch Parteienprogramme, noch Wertemuster erhalten dabei die Bedeutung, die ihnen eigentlich zustehen. Ähnliche Grundüberzeugungen sollten aber unabdingbare Voraussetzung jeder auf Dauer angelegten Beziehung sein. Ein Blick hinter die Wer-

testruktur einzelner Wählergruppen ist also überaus nützlich.

Das gilt gerade in Zeiten, in denen sich die Wähler immer stärker flexibilisieren und atomisieren, Wechselwähler-, Protest- sowie Strategiewähleranteile also zunehmen: So wollten drei Jahre nach der Bundestagswahl 2005 nur noch 76 Prozent der der damaligen Wähler der Union erneut CDU/CSU wählen. Die SPD kam sogar nur noch auf 60 Prozent Konstanz-Wähler.

Um das Partizipationsinteresse der Wahlberechtigten zu steigern, ist es notwendig, möglichst umfassend über die Wertevorstellungen der eigenen Wähler und der möglichen Koalitionspartner informiert zu sein. Schließlich sind die individuellen Wertestrukturen die Basis für die politischen Grundeinstellungen, die letztlich die Stabilität von Koalitionen bedingen. Koalitionen können nur dann erfolgreich sein, wenn sie das „Wertemapping“ der Koalitionswähler angemessen berücksichtigen.

Dazu hat TNS Emnid das Modell „Semiometrie“ („Wörtermessung“) entwickelt. Dieses misst die Wertestruktur von Wählern anhand von 210 Begriffen, die sich in 14 Wertedimensionen zusammenfassen lassen. Diese Grundwerte wiederum sind als Position in einem zweidimensionalen Raum darstellbar, deren Achsen die Endpunkte Sozial vs. Individual sowie Pflicht vs. Lebensfreude definieren.

Die Sympathiemessung dieser Begriffe identifiziert also die Wertestruktur unterschiedlicher Wählergruppen und beantwortet aktuelle Fragen wie: Findet die Koalitionsoption Schwarz-Grün genügend Akzeptanz? Wie stark und worin differieren deren Wähler? Wie überbrückbar sind diese Einstellungsunterschiede? Wie nah liegen SPD und Linke beieinander? Und ähneln die Wertestrukturen der FDP- eher denen der CDU- oder denen der SPD-Wähler? Wie gut repräsentieren Frank-Walter Steinmeier oder Angela Merkel die eigenen Anhänger? Welche Bindekraft ent-

wickelt Franz Müntefering für die SPD-Sympathisanten? Und welche Politiker „passen“ zu ihrer Partei, welche fransen das Parteiimage aus?

Antwort auf diese Fragen liefern die unterschiedlichen Wertepprofile der Anhängerschaften unterschiedlicher Parteien und Spitzenkandidaten. Welche Werte charakterisieren welche Anhänger? Einige Ergebnisse:

- Die CDU/CSU-Wähler sind konservativ-homogen! Sie eint ihr Werte- und Pflichtbewusstsein, ihre Traditionsverbundenheit. Sie sind andererseits von nur geringem Hedonismus und Abenteuerlust geprägt. Das sehr homogene Wählerprofil beweist, dass keine Partei ihre Wähler gezielter und einheitlicher ansprechen kann als die Union.
- Ganz anders der SPD-Wähler, den es im Grunde nicht gibt. Es existieren gleich zwei Wertetypen: Einerseits der pflichtbewusste, redliche, gewerkschaftlich orientierte Arbeitnehmer. Genau so häufig aber auch der intellektuelle, kulturell interessierte Akademiker. Beide passen nicht zusammen. Für die SPD gilt wie für keine andere: „Ich bin zwei Parteien!“
- Die FPD-Anhänger sind durch Streben nach Einfluss und Hierarchiebewusstsein charakterisierbar. Solidarität und Familienorientierung sind eher Fremdbegriffe.
- Der typische Grüne ist idealistisch, intellektuell und emotional. Dagegen kaum traditionsverbunden, pflichtbewusst, materiell und konfliktfreudig.
- Sehr schwammig dagegen das Profil der Linken. Hauptcharakteristikum ist deren Pragmatismus: Sie handeln nicht ideologiebezogen, schon gar nicht im Wunsch, die Gesellschaft sozial zu verändern. Linke-Wähler einen persönliche Vorteile, die sie sich durch Politagitation erhoffen. Linkswähler sind stramme Egozentriker.
- Das prägnantste Profil haben die rechten Wähler: Kritisch, kämpferisch und dominant sind sie wie keine an-

dere Wählergruppe. Pflichtbewusstsein, Werte und Intellekt sind ihnen dagegen fremd. Die Wähler von Rechtsparteien identifizieren sich weder über Inhalte noch über politische Ziele. Sie eint ihr gefährlicher Wille zur Macht.

Was nun sind die Konsequenzen dieses Wertemappings für die politischen Koalitionsentscheidungen im Fünf-Parteien-Deutschland, das wahrscheinlich „Drei-Parteien-Koalitionen“ zur Folge haben wird? Was geht, was unter Qualen und welche Bündnisse werden nicht akzeptiert?

- Schwarz-Grün respektiert in keiner Weise das Werteprofil ihrer Wähler; zwischen ihnen gibt es keinerlei Parallelität. Auf Basis ihres Wertemappings ist die Zeit längst nicht reif für Schwarz-Grün: Wo die CDU Traditions-, Pflicht- und Wertebewusstsein eint, orientieren sich Grün-Sympathisanten an Emotionen und Sinnlichkeit, was den Wählern der Union wiederum ziemlich fremd ist. Die semiometrischen Positionierungen im Werteraum trennen beide Anhängergruppen maximal.
- Genauso schwer wäre für die SPD, die Koalition mit den Linken, den Lafontaine-Faktor nicht einmal eingerechnet, zu ertragen. Vor allem das „alte“ Arbeitermilieu findet keinerlei Parallelität zu den politisch eher desinteressierten, dafür aber stark egozentrierten Linkswählern.
- Auch Koalitionen mit der viel umworbenen FDP gestalten sich schwieriger als erwartet: Gerade in ihrer „unsozialen“ Haltung „passen“ FDP-Partnerschaften nicht wirklich, schon gar nicht zu SPD und Grün. Eine „Ampel“ ist vom Werteprofil her ebenso wenig eine Option wie „Jamaika“.
- Die einzig mögliche Koalition der Deutschen ist unter diesem Aspekt die „Große“. Schwarz-rote Wähler einen Pflichtbewusstsein und Moral – keine schlechte Voraus-

setzung in einer Zeit, in der der Werteverfall in der Gesellschaft und Managermoral in der Wirtschaft mit Recht beklagt werden.

Während die programmatische Unterscheidbarkeit der Parteien kaum mehr gewährleistet ist – inzwischen erwarten fast 80 Prozent der Deutschen für sich keine persönliche Auswirkungen davon, ob Union oder SPD den Kanzler stellt – und die Parteiprogramme der Großen für austauschbar gehalten werden, nimmt die Bedeutung der Spitzenkandidaten, wie die Landtagswahlen in Niedersachsen, Hessen und Bayern gezeigt haben, in gleichem Maße zu. Neben Sympathie und Kompetenz dominiert dabei die Adäquanz. Die Frage also, welcher Kandidat zum Werteprofil der Wähler „passt“.

Um erfolgreich zu sein, sollten Partei- und Politikerprofil ähnliche Wählergruppen ansprechen, allenfalls können beide sich nuanciert voneinander abgrenzen, um den Attraktivitätszirkel zu vergrößern. Andererseits ist es aber auch interessant, der Frage nachzugehen, wo Kandidatenimages die Parteiwerte an den Rändern ausfransen. Anhaltspunkte liefern auch hier die Profilvergleiche der Spitzenpolitiker:

- Für die CDU-Wähler verkörpert Wolfgang Schäuble am ehesten deren Wertevorstellungen. Angela Merkel ist vielen zu rational, zu traditionsfern. Schäuble verkörpert dagegen Tradition und konservatives Weltbild der Union. Eine unter Politikern seltene Identität ist übrigens zwischen der Kanzlerin und Familienministerin Ursula von der Leyen zu finden.
- Bei der SPD ist der Wertesteckbrief Kurt Becks am weitesten vom SPD-Mapping entfernt. Für den eher tradierten Teil der SPD ist Kanzleraspirant Frank-Walter Steinmeier der „richtigere“ Kandidat, weil er am ehesten Pflichtbewusstsein und Disziplin symbolisiert. Ein ge-

meinsames Manko von Beck und Steinmeier: Keiner bedient sozialdemokratischen „Stallgeruch“ wirklich, den meisten SPD-Anhängern sind beide zu rational und pragmatisch. Emotional wiederum erreicht Franz Müntefering die SPD-Wähler am besten.

- Links-Wähler identifizieren sich weit stärker mit Gregor Gysi als mit Oskar Lafontaine. Wichtigster Grund ist der hohe Anteil ehemaliger PDS-Wähler, also die Dominanz ostdeutscher Wertestrukturen innerhalb der Linken. Vielen Ostdeutschen gilt der ehemalige SPD-Parteichef als zu konfliktfreudig, während Gysi zudem deren atheistische Grundhaltung repräsentiert.

Was für die Märkte gilt, gilt auch in der Politik: Die Wähler werden immer volatil, das Werben um sie immer anspruchsvoller. Der Wettbewerb um die Wählerstimmen muss damit immer intensiver und auf die Zielgruppen fokussierter geführt werden. Was Wähler wirklich wollen, ist nicht nur durch Angebot, Argument und Aktualität bestimmt. Wollen, Wünsche und Werte spielen eine ähnlich wichtige Rolle: Werte selektieren, strukturieren, stabilisieren und konformieren den Wählerwillen. Nur durch den Versuch, das Wertemuster der Stamm- und potentiellen Wähler angemessen zu berücksichtigen, kann der Volatilität Einhalt geboten werden.

Eine besondere Bedeutung für die politische Kultur kommt in einer Zeit, in der die großen Parteien immer kleiner, die „Kleinen“ hingegen immer größer werden, den Koalitionen zu. Diese nämlich sollen nach Wählervorstellung „Koalitionen im Geiste“ sein. Nur sind sie dieses nur in den seltensten Fällen. So lange wie die Maxime: „Gibst Du mir, geb' ich Dir“ die Alltagspolitik bestimmt, die Parteien also „alte“ Koalitionspolitik betreiben, wird der Frust über die faktische Politik eher zu- als abnehmen. Und die Gefahr besteht, dass noch komplexere Absprachen

zwischen einer noch größeren Zahl von Koalitionspartnern die Abkehr von der Politik eher noch vergrößern.

Denn dass es beim Fünf-Parteien-Land bleibt, selbst das ist längst nicht sicher: Warum sollte es in Bälde keine Jugend-, keine Mittelschicht oder Rentnerpartei geben? Keine Partei der stringenten Ordnungspolitik? Die Möglichkeiten der Parteien zur „Koalitionspolygamie“ steigen eher als dass sie fallen!

Mit Ampel oder „Jamaika“ erscheint wirklich erfolgreiche und vom Wähler akzeptierte Politik kaum mehr möglich? Parteien sind unter dem Druck der teilweise extrem unterschiedlichen Wertestrukturen kaum mehr in der Lage, richtungweisende Entscheidungen zu treffen.

Diese Gefahr ist groß, da sich die deutschen Wähler immer stärker atomisieren, also immer öfter „ohne ideologischer Grundierung“ entscheiden. Ein gemeinsames „richtig“ oder „falsch“, ein überwiegendes „Das tut man“ respektive „Das tut man nicht“ gibt es nicht mehr. Dieser Prozess, zusammen mit in der Bevölkerung teilweise diametral entgegengesetzten Wertemustern, führt dazu, dass auch die Einstellung zu wichtigen politischen Issues keinen Gesetzmäßigkeiten mehr folgt.

Sollte Deutschland in Zukunft immer häufiger von Drei-Parteien-Koalitionen nach gängigem Wundertüten-Muster des „kleinsten gemeinsamen Nenners“ regiert werden, könnte das sogar unsere Demokratie gefährden. Die dann notwendigerweise noch stärkere Verwässerung politischer Markenkerne könnte verheerende Folgen haben: Wahlen werden noch unwichtiger, Entscheidungen noch zufälliger, die Kritik an dem programmatischen Gemischtwarenlager der Parteien noch größer, die Wahlbeteiligungen noch geringer, der Frust über unsere Volksvertreter noch intensiver – die Koalition zufälligkeit noch größer.

Der Rückzug aus der Politik, verbunden mit noch geringeren Wahlbeteiligungen wird anhalten. Es sei denn, Par-

teien und Politiker ziehen ihre Konsequenzen aus dem Dilemma – und lernen, im Viel-Parteien-Deutschland von morgen andere – modernere – Koalitionsformen zu bilden.

Was die Wähler wollen: dass der Politiker nicht mehr als Generalist und Kompromist nach parteipolitischen Erwägungen entscheidet, sondern als Spezialist; dass der Politiker nicht mehr ständig den kleinsten gemeinsamen Nenner sucht, der letztlich keinen mehr zufrieden stellt und Stillstand bedeutet, sondern als Experte entscheidet und damit Ressortverantwortung personifizierbar wird. Die Parteien haben innerhalb einer Vielparteien-Koalition das uneingeschränkte Sagen bei den ihnen zugestandenen Ressorts, müssen sich aber im Gegenzug aus den anderen weitestgehend heraushalten. Nur bei Schnittstellenressorts wie „Finanzen“ ist Koordination gefordert.

Bei der Bildung der Verantwortlichkeiten gilt die Regel: Je größer der Stimmenanteil einer Partei, desto größer die Anzahl der von ihr zu bestimmenden Politikbereiche: Nur noch wenige Entscheidungen unterliegen den Verwässerungskompromissen langer Verhandlungsrunden.

Verantwortung bekommt plötzlich ein Gesicht – und erstickt nicht mehr in subversiven Kungelrunden. Die Chancen wären groß, dass Sachaufgaben immer häufiger nach Kompetenz und immer seltener nach Parteistrategien gelöst würden.

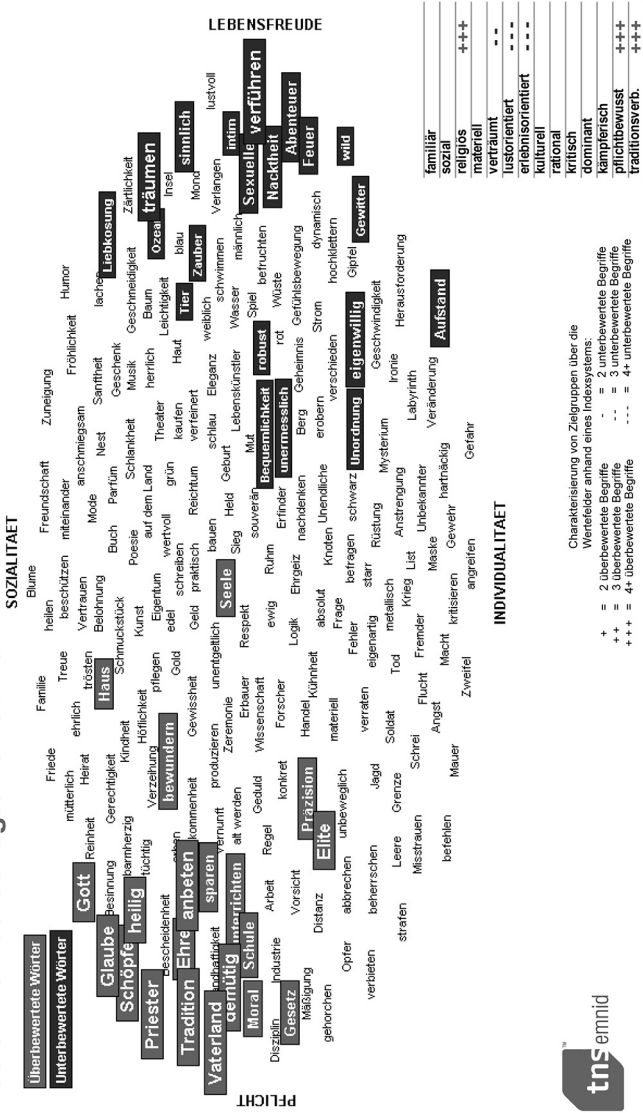
Theoretisch denkbar sogar, das Ziel der Experten-Politik noch weiter auszuweilen und Wahlen in Zukunft völlig anders zu gestalten: Statt einer Stimme für die Partei erhalten die Wähler jeweils eine Stimme für jedes Ressort. Die Partei mit den jeweils meisten Stimmen im Fachbereich stellt den Ressort-Minister. Der dann ohne Rücksicht auf Koalitionskompromisse und strategisches Kalkül nur seiner Kompetenz und seinem Gewissen unterworfen entscheidet.

In der Tat wäre das dann eine wirkliche Reform, die die Wähler zurück an die Urnen bringen könnte, weil Zögern

und Zaudern, Kungeln und Kompromiss ganz einfach durch Klarheit und Kompetenz ersetzt würden. Wenn der Wähler plötzlich wieder die Parteienrichtlinie bestimmt – und nicht durch unvorhersehbare Koalitionen überrascht wird. Wenn Verwässerung durch klare politische Verantwortung ersetzt wird. Wenn Wertestrukturen im Ausmaß des Wahlerfolges berücksichtigt werden!

Politische Grundstimmung: Wähler im Wandel

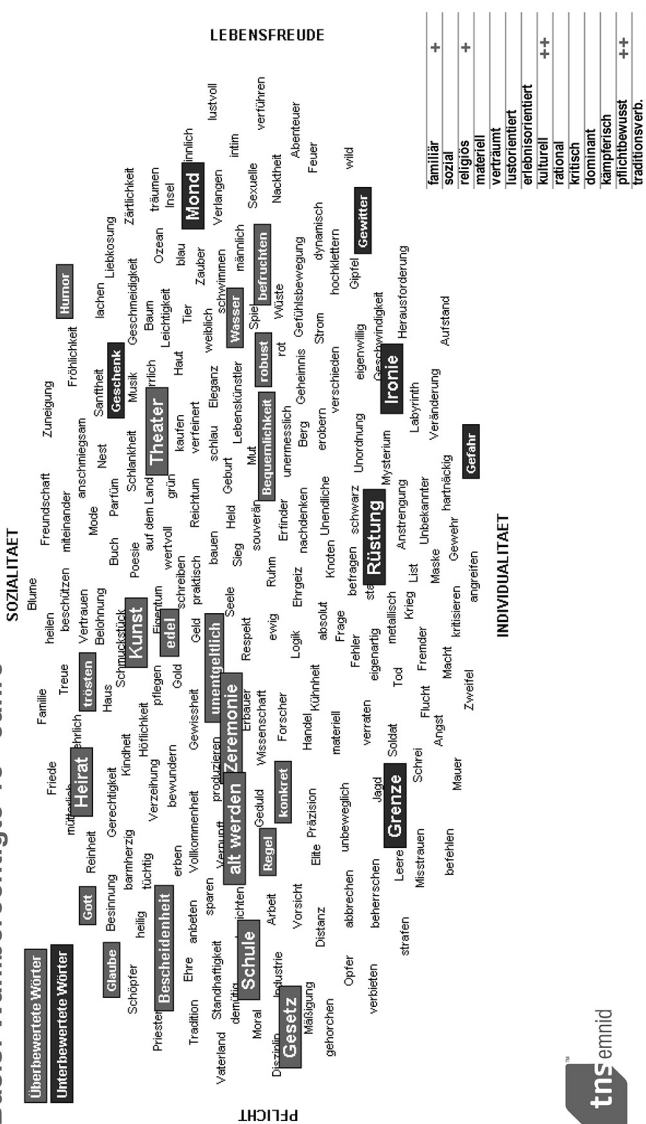
Sonntagsfrage: CDU/CSU
Basis: Wahlberechtigte 18+ Jahre



Sonntagsfrage: SPD
Basis: Wahlberechtigte 18+ Jahre

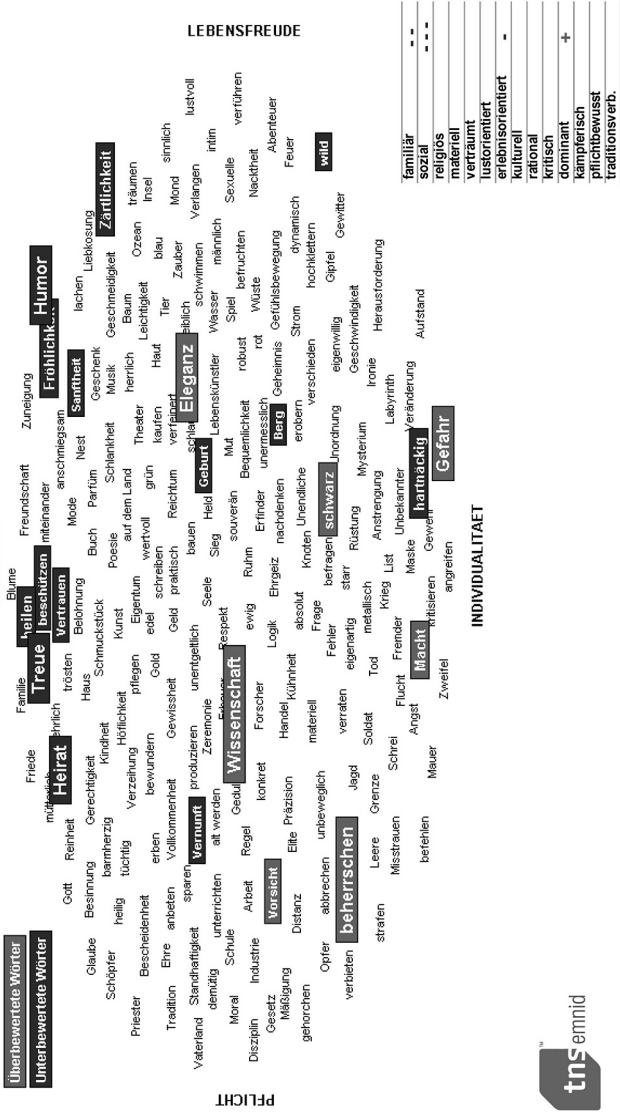
Politische Grundstimmung: Wähler im Wandel

Semiometrie Weiten 1-3/2007



Politische Grundstimmung: Wähler im Wandel

Sonntagsfrage: FDP
Basis: Wahlberechtigte 18+ Jahre



Sonntagsfrage: Grüne

Basis: Wahlberechtigte 18+ Jahre

Politische Grundstimmung: Wähler im Wandel

Semionetrie Wellen 1-3/2007



Sonntagsfrage: Linke Basis: Wahlberechtigte 18+ Jahre

Semionetrie Wellen 1-3/2007



Politische Grundstimmung: Wähler im Wandel

Die Wertesteckbriefe

	CDU/ CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	NPD
familiär		+	- -			- - -
sozial			- - -			
religiös, wertorientiert	+++	+			- - -	- - -
materiell				- -	-	
verträumt	- -			++		
lustorientiert	- - -					
erlebnisorientiert	- - -		-	+++		+
kulturell		++		+++		- -
rational					++	
kritisch						++
dominant			+			+++
kämpferisch				- -	- -	+++
pflichtbewusst	+++	++		-		- -
traditionsverbunden	+++			- - -		

Charakterisierung von Zielgruppen über die Wertfelder anhand eines Indexsystems:

- + = 2 überbewertete Begriffe
- = 2 unterbewertete Begriffe
- ++ = 3 überbewertete Begriffe
- = 3 unterbewertete Begriffe
- +++ = 4+ überbewertete Begriffe
- = 4+ unterbewertete Begriffe

